

Verlagspreis: 32722

Vollständigkeitskonto: Dresden Nr. 1477

Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden A. 16, Goldschmiedestraße 48

Sächsisch- Volkszeitung

Die Sächsische Volkszeitung erscheint zweimal wöchentlich, Montag und Mittwoch für Januar durch die Post 500 M. Anzeigenpreis: Die eingeschaltete Beilage 50 M. für Familien- und Vereinsanzeigen, Stellen- und Reiseanzeigen 40 M. Die Beilage enthält im wesentlichen Zeitungs- und andere Nachrichten, die für die Provinz von besonderem Interesse sind. Die Beilage ist für die Provinz von besonderem Interesse. Die Beilage ist für die Provinz von besonderem Interesse.

Einzelnummer 45 M.

Verkaufspreis der Beilage: 5-6 Uhr nachm. Nicht abendlich zu beschaffen und mit Rücksicht auf verschiedene Umstände werden nicht ausbezahlt.

Nicht abendlich zu beschaffen, sondern durch den Postboten ausgegeben. Anzeigen können nur die Samstagmorgen für die Beilage des Tages nicht übernommen.

Abnahme von Beilageanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vormittags. — Anzeigenstellen in Dresden: Schriftliche Buchführung, Inhaber P. Best, Schloßstraße 4, in Waagen: Frau Rurjal, Nr. der Beilage 1

Politik und Partei im neuen Jahre

Von Paul Hesse, Landesvorsitzender der sächs. Zentrumspartei.

Das Völkerringen, unter dem wir in Deutschland infolge des verlorenen Krieges im besonderen Maße leiden, steht in dieser Form und in diesem Ausmaße wohl in der Geschichte der Welt einzig da. Auch die Völkerveränderung, von der unsere Jugend, von der wir selbst einst im Geschichtsunterricht mit Stimmern gehört und gelesen haben, verläuft angefüllt mit Stürmen, was wir im letzten Jahrzehnt erleben mußten. Es ist daher durchaus begreiflich, daß es dem Einzelnen schwer wird, ja daß es vielen unmöglich wird, die rechte Stellung zu den heutigen Ereignissen zu finden. Ausmaß und Größe der Weltumwälzung, in der wir leben, sind fast ins Unermessliche gewachsen. Und doch, oder vielleicht gerade deshalb, wird das Schicksal so vieler Einzelner davon aufs tiefste betroffen. Ein Meer von Blut hat sich über vier Jahre über die europäische Erde ergossen. Das, was nachher kam, hat so tiefe Wurzeln geschlagen, daß heute vielfach es scheint, als ob in den Fugen eines Teiles des Volkes und der Völker diejenigen verbergen sind, die ihr Bestes und Edelstes, die ihr Leben in vierjährigem Kampfe hingegeben haben. Kaiser Gotha hat auch in weiten Kreisen unseres Volkes Platz genommen. Dem Gott Rammon werden täglich Gelatomben geweiht. Und in diese Zeit hinein sind noch die Parteien gestellt, die Prinzipien, die Grundzüge vertreten sollen. Ist es ein Wunder, wenn viele zaudern und zögern, wenn viele schwanken und wanken? Ist es ein Wunder in einer Zeit, in der sowohl die kapitalistische Wirtschaftsform als auch die sozialistische Lehre von Marx Bauerzott gemacht haben.

Ist es ein Wunder, das Wanken und Schwanken, das Zaudern und Zögern, wenn die Begriffe wanken und schwanken geworden sind. Wenn ein so konservativer Mann, wie Adam Müller in seiner süddeutschen konservativen Korrespondenz auszusagen muß:

„Viele tausende von Christlichen Konservativen haben Warenhandeln oder Produktionsmäßig (andere natürlich auch) während des Krieges Hunderttausende „gewonnen“, haben ihre jahrzehntelangen Schulden bezahlt und sind sehr wohlhabend, viele reich geworden. Jetzt, da der Staat mit neuen Steuern und Abgaben von dem mittellos angeschöpften Reichtum erhebliche Quantitäten abheben will, verbinden sich diese „Christlichen Konservativen“ mit Religionspolitikern und Kirchenverächtlern, mit Reuten, die das „alte Regime“ einst frech beleidigten, den Leuten, die höheren Beamten, den Junkern mit hohen Abstellungen, zur großen „Staatsverfallenden“ Bilanz. Meine Reichhaltigkeit enthält nach dieser Richtung hin die interessantesten Dokumente „Christlich-konservativer“ Weisheitskraft.“

Ist es noch nötig, zu sagen, daß wir in dieser Zeit — und auch in Sachsen — eine christliche Volkspartei, wie sie das Zentrum darstellt, nötiger denn je haben! Ist es noch nötig, zu betonen, daß wir heute erst recht eine Presse brauchen — also auch im neuen Jahre — welche mit Kraft und Energie, welche mit Entschiedenheit die Ideen und Ziele der christlichen Volkspartei vertritt, Schulungsarbeit in Partei und Presse, Aufklärungsarbeit im großen Maße ist, das was wir im kommenden Jahre brauchen. Wenn wir das durchführen wollen, wenn wir geistiges Werkzeug schaffen wollen und müssen, dann darf daneben die finanzielle Unterstützung nicht vergessen werden.

Nur geistigen Mühen bedarf man die politischen Kräfte aber das alte und neue Zentrum, die der bödische Zentrumsführer Abgeordneter Weiler Dr. Josef Schöler im Verlage des Pressevereins in Freiburg im Breisgau hat erscheinen lassen. Er erörtert den Nachweis, daß es nicht richtig sei, wenn ein Gegenstand konstruiert wird, als ob in Bezug auf die Sozialdemokratie das Zentrum von heute die Wahren des großen Führers Windthorst verlassen hätte, und er sagt: „Man konstruiert diesen Gegenstand, um Verwirrungen in die Reihen des Zentrums zu tragen, um dort ein Durcheinander zu machen. Die Versuche werden nicht zum Ziele führen! Die Truppen unter der Zentrumsführung sind gefallt. Sie wissen Weidlich. Sie lassen sich nicht verführen!“ Schöler weist aber auch darauf hin, daß Windthorst es nicht abgelehnt hat, mit der Sozialdemokratie zusammen politische Arbeit zu leisten, so wenig er es ablehnte, auch mit Bismarck 1879, also in einer Zeit, da die katholische Kirche unter den Fesseln der Kulturkampfes seufzte, die Wirtschaftspolitik zu ändern. Windthorst's Grundgedanke war: „Den Sozialismus werden wir nicht bekämpfen, indem wir den Versuch machen, ihn totzuschlagen. Wir werden ihn nur bekämpfen, wenn wir das Verhängnis anerkennen, und wenn wir mehr, als bisher geschehen ist, politische Kräfte zur Bekämpfung des Sozialismus.“

Weiterdings wird sehr viel noch nachträglich dem Zentrum der Vorwurf gemacht, es habe sich 1918 von den Grundzügen der alten Partei entfernt, indem es für die Reform des Wahlrechtes auch in Preußen eingetreten ist. Dazu muß auf die Rede hingewiesen werden, die Windthorst schon am 2. Februar 1890 auf dem Parteitag des rheinischen Zentrums in Köln gehalten hat, wo er ausführt: „Wir werden auch die Rechte des Parlaments, wie sie in der Verfassung stehen, kräftig schützen gegen alle Angriffe, woher sie auch kommen mögen; insbesondere werden wir das allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht gegen alle Angriffe zu schützen wissen.“

Uns kann es nur recht sein, wenn gewisse Kreise, die heute auf Windthorst, auf Weiler und andere hinweisen, die Taten und Schriften dieser Männer in die Erinnerung zurückrufen. Allerdings müssen wir den Herrschaften empfehlen, nicht etwa einige Worte aus dem Zusammenhange herauszureißen, sondern die Reden und Schriften der damaligen Zentrumsführer wirklich zu studieren und ganz zu verinnerlichen. So hat zum Beispiel Bischof von Metzler in geradezu prophetischer Weise unser Schicksal vorausgesagt. Wer sich davon überzeugen will, der lese

Für die Freiheit des Vaterlandes

Reichsanwalt Dr. Cuno in Hamburg

Hamburg, 2. Januar. Reichsanwalt Cuno hatte bereits am Sonnabend die Absicht, in der Jahresversammlung „eines ehrenbaren Kaufmannes“ zu sprechen. Die dringenden Beratungen in der Reparationsangelegenheit hatten ihn daran gehindert, doch erklärte sich der Kanzler bereit, in einer ... geistigen Nachmittags in der Hamburger Börse stattzufindenden Sonderversammlung zu sprechen. Der Präsident der Handelskammer, Senator Witthoft, eröffnete die stark besetzte Versammlung und begrüßte in ihrem Namen den Reichsanwalt. Von den Anwesenden stürmisch begrüßt, ergriff der Reichsanwalt das Wort zu folgenden Ausführungen:

„Die neue Regierung war vom ersten Tage an bemüht, eine Lösung des Reparationsproblems zu finden, die von uns getragen und von der Gegenseite angenommen werden kann.“

Wir stehen vor einem Problem, das unendlich schwierig und nur lösbar ist, wenn alle Beteiligten sich entschließen, die Dinge so zu nehmen und zu sehen, wie sie sind.

Die alle kennen das Gutachten des internationalen Anleihekomitees in Paris vom Juni dieses Jahres. Seine Gedankengänge stehen in den Gutachten der beiden Gruppen internationaler Sachverständigen in Berlin wieder. Die Verbindung des Gedankens der endgültigen Lösung der Reparationsfrage mit dem Gedanken der Anleihe findet sich ebenso in den Vorschlägen an den englischen Ministerpräsidenten gelegentlich der letzten Premierministerkonferenz. Diese Vorschläge waren dazu bestimmt, der endgültigen Lösung der Reparationsfrage die Wege zu öffnen. Heute handelt es sich darum, auf diesem Wege weiterzugehen.

Deutschland braucht, um leisten zu können, internationale Anleihen, hat aber nur dann Aussicht auf solche, wenn seine Leistungsfähigkeit endgültig festgestellt ist.

Unser Ziel, die Leistungsfähigkeit Deutschlands festzustellen und Mittel und Wege zu finden, um diese Leistungsfähigkeit für die endgültige Lösung der Reparationsfrage nutzbar zu machen, ist in enger Fühlung mit Personen und Kräften des Wirtschaftslebens verfolgt worden. Das gewonnene neue Bild von dem noch verbleibenden Reste unserer Leistungsfähigkeit ist trüblich. Die Reparationskommission hat selbst am 31. August einstimmig die Zahlungsfähigkeit Deutschlands anerkannt. Es bedarf also nicht der Unterstellung, daß Deutschland sich selbst systematisch ruiniert habe.

Ein unparteiisches Barometer für unsere Leistungsfähigkeit ist der Kredit, den die Finanzwelt Deutschland zu gewähren bereit ist.

Kein Gläubiger der Welt aber wird Deutschland Kredit gewähren, ehe die Leistungsfähigkeit so bestimmt umschrieben ist, daß über die Grundfragen seines Kreditrisiko man ein völlig klares Bild hat. Wir sind entschlossen, eine erste feste Summe auf uns zu nehmen und sind bereit, diese in Anleihen durch Vermittlung eines internationalen Finanzkongresses aufzubringen und, so weit dies nicht im Anleihewege gelingt, Rins und Tilgungssätze zu bezahllen, da die deutsche Wirtschaft für die nächsten Jahre unbedingte der Ruhe bedarf. Wir machen und fernher aufschlag für eine weitere Reihe von Jahren durch Vermittlung des gleichen Kongresses weitere Anleihen bis zu begrenzter Höhe aufzuliegen, wenn das Anleihenrisiko für möglich hält. Eine solche Regelung der finanziellen Seite der Frage würde die Wege für die Durchführung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten ebnen, die

die Grundlage für ein Zusammenarbeiten der Industrien Europas und namentlich Frankreichs und Deutschlands geben. In einer solchen Kooperation sind die deutschen Wirtschaftskreise bereit. Die Reichsregierung weiß, daß die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands entschlossen sind, die Regierung bei der Durchführung ihres Vorschlages zu unterstützen. Dem Anleihekonfortium wird jede vernünftige Sicherheit eingeräumt werden können. Die Bestimmungen dieser Sicherheiten im einzelnen bleiben Sache der Verhandlungen.

Die endgültige Lösung muß dem deutschen Volke die wirtschaftspolitische Freiheit und Gleichberechtigung wiedergeben und den Abbau der Besetzung der deutschen Lande am Rhein bringen.

damit die unproduktiven Kosten und Bemühungen, die dort auf der deutschen Wirtschaft liegen, endgültig verschwinden. Nur in Verhandlungen und in offener Aussprache von Mann zu Mann kann die Lösung gefunden werden. Wir haben die Gegenseite ersucht, einem Vertreter der Reichsregierung Gelegenheit zu geben, der in Paris zusammen tretenden Konferenz unserer Vorkläger schriftlich vorzulegen und mündlich zu erläutern. Sollten wir doch diese Aussprache nicht durch Entschlüsse vereitelt wird, die über ganz Europa unübersehbares Unheil bringen würden. Die Bewirkung der politischen Pfänderepolitik bedeutet den Tod aller wirtschaftlichen Reparation. Der Wortlaut der Rede des Staatssekretärs Hughes liegt zwar noch nicht vollständig vor, aber so viel kann schon jetzt gesagt werden, daß die Gedankengänge der amerikanischen Staatsmänner sich nahe mit unserer Auffassung berühren, und daß wir ihnen aufrichtig Beachtung wünschen. In Frankreich wird die Notwendigkeit der Besetzung des Rheinlandes auch mit der Beförderung der kriegerischen Absichten Deutschlands begründet. Diese Beförderung ist irrig.

Deutschland ist bereit, gemeinsam mit Frankreich und den anderen am Rhein interessierten Großmächten sich gegenseitig zu treuen Händen einer am Rhein nicht interessierten Großmacht für ein Menschenalter freiwillig zu verpflichten, ohne besondere Ermächtigung durch Volksabstimmung seine Arme gegen einander zu führen.

Eine solche Verpflichtung würde alle Völker auf den Frieden einstellen und die denkbar sicherste Friedensgarantie geben. Die Wirtschaft Deutschlands haben wir durch Vermittlung einer dritten Macht der französischen Regierung mitgeteilt. Zu meinem Bedauern hat Frankreich dieses Anerbieten abgelehnt.

Reichsanwalt Dr. Cuno erwähnt am Schluß, Europa und die ganze Welt erwarte dringend den Frieden, zu dem Seine Majestät der Papst in seiner erhabenen Weltanschauung die Völker der Erde aufruft, worin ihm der tiefempfundene Dank aller, die guten Willens sind, sicher ist. Wir glauben nicht besser als auf dem von uns betretenen Wege an der Erreichung dieses hohen Zieles mitarbeiten zu können.

Der Rede des Reichsanwalt's folgte stürmischer Beifall. Darauf erhob sich der Präsident der Handelskammer, Senator Witthoft, zu kurzen Schlussworten. Er gab die bestimmte Erklärung ab, daß Handel, Industrie und Schifffahrt in allen ihren Zweigen bereit sein würden, zu den alleräußersten Opfern, wenn es geht die deutsche Wirtschaft aus den Fesseln zu befreien, in die da unglückliche Ausgang des Weltkrieges mit seinen Folgeerscheinungen und die auf falschen Voraussetzungen beruhende Politik unserer einstigen Gegner und verstrickt habe.

seine Schrift über „Deutschland nach 1896“ nach. Von besonderem Interesse ist, was er dort über die konservative Partei sagt:

„Diese Partei (die konservative) hat leider bei Königgrätz eine nicht minder große Niederlage erlitten, wie Oesterreich; sie hat dem Erfolge geschuldet vor den vollendeten Tatsachen und der Macht ihr Anie gebeugt und fast ausnahmslos jene Grundzüge verlernt, die sie seit so vielen Jahren vertreten hat. Ganz und gar dasselbe, was sie in diesem langwierigen Kampfe allen ihren Gegnern dargemerkten, hat sie jetzt selbst getan. Das ist eine schwere sittliche Niederlage, denn eine Partei, die christlich sein will, muß vor allem der Macht gegenüber den Mut der Wahrheit haben. Aufbahrung, lediglich der Macht erwiesen, Reichheit der Macht gegenüber, hat mit Christentum nichts zu schaffen. Die konservative Partei in Preußen hat diese Probe nicht bestanden. Ob sie sich von diesem Schicksal erheben wird, können wir nicht übersehen; wir hoffen es. Wir wünschen ihr aber, daß sie eine Zeit kommen möge, wo die Revolution in der Lage sein wird, ihr diesen Abfall öffentlich mit jenem Hohne und jener schneidenden Logik nachzuweisen, wogu sie die Energie und den Geist in sich trägt. Die konservative Partei hat der Revolution durch diesen Abfall von ihren Grundzügen, durch diese Guldung für die Tatsache eine mörderische Waffe in die Hand gegeben, von der sie unter veränderten Verhältnissen Gebrauch zu machen wissen wird.“

Diese Darlegungen wiesen heute geradezu erschütternd. Wenn dieselben in diesem oder ähnlichem Wortlaut heute von einem Zentrumsführer vorgetragen würden, dann würde wahrscheinlich, so bestimmt, eine Flut von wenig ansehnlichen Angriffen sich über ihn und um ergießen. Um so notwendiger ist es, daß wir auf diese Dinge heute zurückgreifen.

Es kann und soll nicht abgestritten werden, daß die Zentrumspartei sich durch ihre positive Arbeit der letzten Jahre einer schweren Belastung ausgesetzt hat. Sie hat eine ungeheure Verantwortung auf sich geladen, sie hat im wahren Sinne des Wortes das Vaterland über die Partei gestellt. In ganz besonderem Maße ist naturgemäß, die sächs-

ische Zentrumspartei in den letzten Jahren in einer überaus schwierigen Lage gewesen und ist es heute noch. Den hier in Sachsen wickeln sich zudem noch in außerordentlicher Weise begw. mehr als anderswo die Kämpfe um die christliche Kultur aus. Wir haben hier in Sachsen aber nicht nur den Kampf gegen links führen müssen, wir mußten ihn auch gegen rechts führen, weil er uns von rechts aufgedrungen worden ist und noch aufgedrungen wird. Es war die Pflicht der Sächsischen Zentrumspartei — und es entspricht zu gleicher Zeit ihrer Lieblingung — die Reichspolitik des Zentrums zu vertheidigen. Die Sächsische Zentrumspartei muß alle Bestrebungen und Bemühungen, sie vom Reichszentrum loszulösen und mit irgend einer anderen auf der äußersten Rechten stehenden Partei — sei es, in welcher Form es auch immer geschehen soll — zu verfahren, mit Entschiedenheit ablehnen. Diejenigen, die solche Bestrebungen verfolgen und in deutschen nationalen Organen dafür eintreten, haben aber am allerwenigsten ein Recht, uns anzuklagen, wenn wir pflichtgemäß und mit Energie auch gegen rechts die Forderung der christlichen Volkspartei vertreten. Das Zentrum muß sich auch in Sachsen — trotz allem — behaupten. Und es wird sich behaupten. Es wird sich behaupten, wenn alle diejenigen, die guten Willens sind, im neuen Jahre nach Kräften dieck und materielle Partei und Presse unterstützen. Vor Jahresfrist hat der Reichsparteitag des Deutschen Zentrums an die Spitze seiner Richtlinien die Worte gestellt:

„Die Zentrumspartei ist die christliche Volkspartei, die bewußt zur deutschen Volksgemeinschaft steht und fest entschlossen ist, die Grundzüge des Christentums in Staat und Gesellschaft, in Wirtschaft und Kultur zu verwirklichen. Sie steht in einer klaren christlich-nationalen Politik die sichere Gewähr für die Erneuerung und die Zukunft des deutschen Volkes.“

In diesem Sinne wollen wir auch im neuen Jahre arbeiten. In diesem Sinne rufen wir zur Mitarbeit alle auf, die von dem Gedanken überzeugt sind, daß in Sachsen und im Reich eine starke christliche Volkspartei Rettungsanker allein für Volk und Vaterland werden kann. In diesem Sinne also: G. H. auf im neuen Jahre! Mit Gott für Wahrheit, Recht und Freiheit!

1922 IV 2483